

Wossische



Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweifach wochentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereinigt. Täglich: "Unterhaltungsblatt", "Finanz- und Handelsblatt". - Sonntag: Die illustrierte Beilage "Zeitbilder" und "Literarische Umschau". - Mittwoch: "Reise und Wanderung". - Donnerstag: "Recht und Leben".

Wochentlich 1 Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag: Wossische, Verantwortlich für den Gesamthalt (außer den Handeltst.) Dr. Carl Misch, Berlin. Für Rücksendung anverl. Manuskripte ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Pressepost-Zentrale Ulsteinia: Amt Dählhof (A 7) 3600-3605, für den Fernverkehr Amt Dählhof 3686-3688. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Zwei Stimmen mehr für Hoover

Trotzdem keine Mehrheit?

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

New York, 7. November

Der Ausgang des einseitigen, in Amerika und in der ganzen Welt mit größter Spannung beobachteten Wahlaufsens - das während der letzten 20 Stunden das bürgerliche Wahlvolk von 217 zu 217 Stimmen für Republikaner und Demokraten erwarteten ließ - scheint nach den letzten Meldungen der Mittelweststaaten einen ganz knappen Sieg der Republikaner, Hoovers Partei, zu bringen.

Das letzte aussehende Mandat des Staates Illinois hat das republikanische Unterhausmitglied Dale erpartet, somit haben die Republikaner im neuen Repräsentantenhaus von 435 Mandaten 218, die Demokraten 216, die Farmer-Union-Partei 1 Mandat. Der bereits in vielen amerikanischen und auch kontinentalen Wählern (Insulation) gefeierte angelegte Sieg der Demokraten wird damit wieder hinfällig, wenn nicht, deshalb ist die Spannung auch heute noch nicht gelöst, eine Überprüfung der angeführten Wahlergebnisse einzelner Staaten notwendig die Zwei-Stimmen-Majorität der Republikaner gefahrlos.

Hoovers knapper Sieg - seine größte Niederlage - wird dadurch noch problematischer, daß der linke Flügel der Republikaner, die „Insurgenten“, Hoover durchaus keinen sicheren Rückhalt bieten. Ihr Führer, Senator Brookhart, gab heute die aufsehenerregende Mitteilung ab, daß er sich wegen Hoovers Oppolitis auf die Seite der Demokraten stellen werde. Für die Konstellation im Senat behält dies, daß eine Koalition der Demokraten mit den Unabhängigen Republikanern die Kontrolle der amerikanischen Außenpolitik in die Hand bringe.

BÜLOW-Denkwürdigkeiten

Heute:

Auf der Jacht des Fürsten von Monaco Erneuerung des Abschiedsgesuches „Bei Philipp sehen wir uns wieder!“

Das neunte Schuljahr

Pädagogisches und Wirtschaftliches

Von Professor Dr. Paul Hildebrandt, Oberstudiendirektor in Berlin

Die Anregung des preussischen Handelsministers, vorübergehend ein neuntes Schuljahr einzuführen, stellt sich zunächst als eine Art Notmaßnahme dar, um der starken Zunahme der Gewerbeschüler entgegenzuwirken. Die Idee einer Verlängerung der Schulpolitik wird aber in pädagogischen Kreisen schon seit längerer Zeit aus verschiedenen Gründen erörtert. Man braucht sich von dem Gedröh, daß die Volksschule namentlich seit ihrer Umstellung völlig verlagert habe, nicht imponieren zu lassen; wie die Unversität mit der höheren Schule nicht zufrieden ist, so die mit der Volksschule, und erst neulich wurde auf einer Tagung von Ingenieuren prägnantmäßig ausgedrückt, wieviel Schüler in den vier Prekursorien verblieben. Man hat sich eben in die moderne Volksschule noch nicht gewöhnt. Aber zugegeben werden muß, daß die Anforderungen, die heute an das Können eines abgehenden Volksschülers auf der ganzen Linie gestellt werden, viel größer sind als noch vor zwanzig Jahren, und daß die Schule der immer komplizierter werdenden Kultur nur schwer nachkommen kann. Was ist also natürlicher, als daß ein Teil der Kritiker der Schule ein neuntes Schuljahr verlangt, um den Schülern zu Hilfe zu kommen?

Es handelt sich nur darum, festzustellen, was in diesem Jahre getan und geteilt werden könnte. Und da will der größte Teil der Pädagogen, Männer wie Kerffkenner und Springer, dies Jahr nach der Berufseinführung orientieren: die vorgejahrgängigen Volksschüler, die inzulernen „gegenständlich“ eingestuft sind und nichts Schöneres kennen, als durch Eintritt in einen Beruf für sich selber zu stehen, die Familie zu entlasten, bis zu einem großen Teil nicht fest entschlossen, einen bestimmten Beruf zu erlernen. Ihnen soll durch das neunte Schuljahr der Eintritt erleichtert werden; die allgemeine Bildung, die ihnen fehlt, soll ihnen auf dem Umwege über die Anforderungen dieses Berufes übermittelt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus schließt nun der preussische Handelsminister eine Vorwegnahme des ersten Berufsschuljahres ab. Der Berufsschuljahr erstreckt sich vom 15. bis 18. Lebensjahr. Auf diese fünf Jahre des neu einzuführenden neunten Schuljahres angedacht werden, so daß also die jungen Leute schon mit dem 17. Jahr fertig werden. Außerdem aber sollen je nach Vermögenslage in der Gegend erhalten.

Einmal anderer Meinung scheint man im Unterrichtsministerium zu sein: dort will man am liebsten eine Verlängerung der Volksschulpflicht um ein Jahr herbeiführen. Lieber die Art, wie man dieses Jahr verwenden, welches Zentrum man dafür aufstellen will, sekundiert nicht nichts. Nebenfalls wird es nicht angingig sein, etwa eine Fremdbesetz einzuführen. Berlin, das einen solchen Versuch macht, sieht nur die Begabten aus den Volksschulen zusammen und bildet aus ihnen besondere Klassen, die übrigens einen zwölfjährigen Kursus haben. Dagegen spricht auch, daß die höchsten Jahrgänge der Volksschule durch die verschiedenen Möglichkeiten, die Kinder zur höheren Schule „aufsteigen“ zu lassen, von Schulbegabungen zu gut wie ganz entblößt sind. Will man also das neunte Schuljahr der Volksschule angliedern, so wird man es fast mit Verursachungen durchsetzen müssen, also z. B. dem Unterrichtsamt eine hervorragende Stellung in ihm geben.

Unter diesen Umständen muß man mit aller Entschiedenheit fordern, daß die beiden Ministerien, das für Handel und das für Unterricht, Hand in Hand bei dieser wichtigen Frage arbeiten.

Da nun bei den Ermägungen, ob man ein neuntes Schuljahr einführen soll, die wirtschaftliche Frage die Hauptrolle spielt, so muß ganz unterstellt werden, ob durch die Zurückhaltung eines Jahrganges vom Arbeitsmarkt wirklich bedeutende Vorteile für die Allgemeinheit entfallen. Diese Berechnung ist schwer und verhält natürlich zu einem großen Teil auf Annahmen. Im Rahmenjahr 1917 sind in Preußen 553 765 Kinder geboren. Da aber das Schuljahr von April bis April geht, so ist schon die Zahl für die Berechnung nicht ganz zuverlässig. Eine Berechnung aus dem

„Einfreisungs- und Sicherheitswahn“

Die Kammer-Debatte über das Verhältnis zu Deutschland

Paris, 7. November

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

Die Fortsetzung der Aussprache in der Kammer ließ zunächst den freigeistlichen Abgeordneten Goussin zu Wort kommen, dessen Bemerkungen von liberalen Kennern nicht von politischer Urteilskraft gelöst unbedenklichen Geschichtsfälschungen, die Debatte auf das Niveau einer nationalpolitischen Wählerverammlung herabdrückten.

Der Christen Demokrat Pagan begründete seine Interpellation über die Möglichkeit einer Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundesstatuts und die Stellung der Regierung zur deutsch-französischen Verhandlung. Bei der gegenwärtigen Lage sei jeder auf diesen Artikel gegründete Revision von vornherein zum Scheitern verurteilt, da eine Einlimmung der Nationen nie herbeizuführen wäre. Frankreich muß Deutschland lassen, daß es seine

hartnäckige Forderung nach Revision nicht verleihe, da es praktische Möglichkeiten keine Lösung trage.

Ein Zugeständnis sei es ferner, wenn Deutschland die Revision als Vorbereitung nicht nur für die Bildung einer europäischen Föderation, sondern auch für die deutsch-französische Wiederannäherung fordere. Statt einer unmaßmäßigen Revision nachzugeben, sollte Deutschland offen und entschieden an der Organisation Europas mitarbeiten. Dann erst könnte sich alles wieder freilich einstellen. Zwischen Deutschland und Frankreich liege sich eine Verständigung und Einigungspolitik auf Grund eines zunächst auf konkrete Punkte beschränkten Programms der Zusammenarbeit durchführen. Auf diese Weise könnte Frankreich das betrogen, Deutschland aus dem Einfreisungswahn zu befreien, während Deutschland seinerzeit durch seine letzten Frankreich von seinem Sicherheitswahn erlösen könnte.

Nach Ausführungen des nationalpolitischen Abgeordneten Deffont wurde die Weiterberatung auf Donnerstag nächster Woche vertagt.

Lahme Erklärung Dr. Bogas

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

Prag, 7. November

Der Prager Oberbürgermeister Dr. Bogas, der sich durch die Rede Curtius offenbar am meisten betreffen sieht, gibt heute eine Erklärung des Prager Magistrats heraus, worin er gegenüber den Erklärungen Dr. Curtius behauptet, daß der Magistrat nach den gültigen Bestimmungen zu einer Entschädigung in Filmen ausnahmsweise nicht berechtigt ist, also auch kein Verbot von deutschen Filmen in Prag erlassen konnte.

Dr. Bogas bemerkt sich dann vergeblich, von der Erklärung des Prager Stadtrates vom 26. September abzurufen, in der die Manifestationen „für den tschechischen Charakter der Stadt Prag“ begrüßt und die Demonstrationen, die sich aus diesen Manifestationen entwickelt haben, verwertet wurden. Er sucht den Eindruck zu erwecken, als wenn es sich um zwei getrennte Manifestationen gehandelt hätte. Tatsächlich hat es nur Demonstrationen gegen den deutschen Film gegeben, die nach antideutschen Charakter annahmen. Dr. Bogas verspricht, zu erwidern, daß die Sitzung des Prager Magistrats stattfand, nachdem tags zuvor die Presse des Deutschen Theaters eingeladen worden waren; er verspricht, zu erwidern, daß die Sitzung des Magistrats, in der die wüßigen Manifestationen für den tschechischen Charakter Prags“ begrüßt wurden, stattfand, als sich bereits drei Wochen hindurch antideutsche Demonstrationen abgefeuert hatten.

Dr. Bogas erwähnt mit Recht, daß der Magistrat auf Grund der gültigen Bestimmungen nicht berechtigt ist, Antisemitismen in Filmangelegenheiten vorzunehmen. Er hätte aber, um den wahren Charakter seiner Erklärung aufzudecken, auch anführen müssen, daß der Prager Magistrat auf Grund der gültigen Bestimmungen nicht berechtigt ist, deutsche Gesichtsanschriften in Prag zu verbieten. Tatsächlich aber sind deutsche Gesichtsanschriften in Prag nur deshalb unzulässig, weil der Magistrat der Hauptstadt Prag ihre Einbringung, obwohl sie nach der Verfilmungsart und dem Inhaltsgegenstandsbereich ein tschechischer Film ist, in dieser Angelegenheit, aber erfolgreich verhindert hat.

Im Ungetuschelt hätte heute der tschechisch-politische Handelsminister Dr. Motoušek fest, daß sich die deutsch-tschechischen Handelsbeziehungen seit dem Jahre 1927 immer ungünstiger entwickelt hätten. Der tschechische Export sinkt und der deutsche steigt.

Von einem Boykott der tschechischen Filmbetriebe in bezug auf den tschechischen Film nicht gesprochen werden. Die deutschen Filme sehen, was die Zahl der Besucher betrifft, nur hinter den amerikanischen. Tschechologische Filme gingen jährlich nur fünfzehn bis zwanzig nach Deutschland. Sie würden dort unter sehr ungünstigen Bedingungen verkauft. Anlag zu der Sitzung in Prag hätte die ungeschickte Auswahl einiger hier zur Vorführung gelangter Filme gegeben. Die tschechischen Erzeuger müßten sich den tschechologischen Verhältnissen anpassen. Die Ausstellungen des Reichsministeriums Curtius hätten daher an eine andere Adresse gerichtet werden müssen.